



Dokumentation

Perspektiven und Herausforderungen für die Jugendhilfe in NRW

19. November 2005

Wissenschaftspark Gelsenkirchen





Dokumentation

Perspektiven und Herausforderungen für die Jugendhilfe in NRW

19. November 2005,
Wissenschaftspark Gelsenkirchen



Perspektiven und Herausforderungen für die Jugendhilfe in NRW

Herausgeber:

Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege
des Landes Nordrhein-Westfalen e.V.

Vorsitzender: Uwe Becker
Diakonisches Werk der
Evangelischen Kirche im Rheinland
Lenastraße 41
40470 Düsseldorf

Gestaltung:

Grafik & Design, Elke Unruh

Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden von den Autorinnen und Autoren verantwortet.

**Gefördert vom: Ministerium für Generationen, Frauen, Familie und Integration des Landes
Nordrhein-Westfalen**

Inhalt

Eröffnung und Moderation	05
<i>Maria Loheide, Arbeitsausschuss Familie, Jugend, Frauen der LAG Freie Wohlfahrtspflege</i>	
Begrüßung	06
<i>Heinz-Josef Kessmann, LAG Freie Wohlfahrtspflege</i>	
Grußwort	08
<i>Maria Seifert, Landesjugendhilfeausschusses Westfalen-Lippe</i>	
Referat	12
Der Platz der Jugend im Generationenhaus - Landespolitische Perspektiven	
<i>Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW</i>	
Referat	20
Zwischen den Stühlen oder mittendrin - Entwicklungen in der Kinder- und Jugendhilfe im Kontext anderer Politikfelder	
<i>Prof. Dr. Stefan Sell, Institut für Bildungs- und Sozialmanagement der Fachhochschule Koblenz</i>	
Referat	42
Kinderwelten - Zur Situation von Kindern und Jugendlichen in NRW	
<i>Dr. Imbke Behnken, Siegener Zentrum für Kindheits-, Jugend- und Biografieforschung, Universität Siegen</i>	
Forum 1	59
Kinder sind Schüler sind Kinder - Zur Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule	
<i>Moderation: Uwe Schulz, Institut für soziale Arbeit e. V.</i>	
<i>Beiträge: Dr. Sabine Ader, Diakonisches Werk Westfalen</i>	
<i>Iris Schappert, Stadt Gelsenkirchen</i>	
Forum 2	77
Der Arbeitslosigkeit den Nachwuchs entziehen - Beiträge von Jugendhilfe und Arbeitsförderung	
<i>Moderation: Dirk Nüsken, Institut für soziale Arbeit e. V.</i>	
<i>Beiträge: Marie-Luise Roberg, Kommunales JobCenter, Hamm</i>	
<i>Martin Klein, Ev. Jugendhilfe Münsterland gGmbH, Steinfurt</i>	
Forum 3	94
Kinder- und Jugendfördergesetz NRW - Pflicht oder Kür kommunaler Jugendpolitik	
<i>Moderation: Ulrike Werthmanns-Reppekus, Paritätischer Wohlfahrtsverband NRW</i>	
<i>Beiträge: Mareile Kalscheuer, Landesjugendamt Westfalen-Lippe</i>	
<i>Wolfgang Rüting, Jugendamt Warendorf</i>	

Forum 4 "Steuern ohne Steuern? - Verfahren zur Finanzierung kommunaler Jugendhilfe" <i>Moderation: Heinz-Josef Kessmann, Caritasverband für die Diözese Münster e. V.</i> <i>Beiträge: Dr. Moritz Linzbach, Diakonisches Werk Rheinland</i> <i>Christian Jung, Kreis Gütersloh</i>	106
Forum 5 Wohin mit den Jüngsten? Ausbau von Angeboten für unter Dreijährige nach dem TAG <i>Moderation: Maria Loheide, Diakonisches Werk Westfalen</i> <i>Beiträge: Norbert Struck, Paritätischer Gesamtverband e. V., Berlin</i> <i>Klaus Schäfer, Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und</i> <i>Integration, Düsseldorf</i>	112
Beitrag Das Kinder- und Jugendfördergesetz NRW: ein wichtiges Thema für den Jugendhilfeausschuss <i>Prof. Dr. Joachim Merchel, Fachhochschule Münster</i>	138

Eröffnung und Moderation

Maria Loheide

**Vorsitzende des Arbeitsausschusses Familie, Jugend, Frauen
der LAG Freie Wohlfahrtspflege**



Maria Loheide eröffnete die Fachtagung **“Perspektiven und Herausforderungen für die Jugendhilfe in NRW”** und führte als Moderatorin durch den Tag.

Heinz-Josef Kessmann LAG Freie Wohlfahrtspflege



Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendhilfe,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie ganz herzlich bei der Fachtagung "Perspektiven und Herausforderungen für die Jugendhilfe in NRW" der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege. Herr Neuses, der Vorsitzende unserer Arbeitsgemeinschaft, ist heute aufgrund eines anderen Termins leider verhindert. Gerne bin ich seiner Bitte nachgekommen, diese Veranstaltung heute Morgen hier in Gelsenkirchen zu eröffnen.

Ich freue mich über das große Echo, das diese Veranstaltung gefunden hat und danke Ihnen für Ihre Bereitschaft, unserer Einladung zu folgen. Seien Sie alle herzlich willkommen.

Besonders bedanken möchte ich mich bei den politisch Verantwortlichen aus dem Landtag und den Landesjugendhilfeausschüssen für Ihr Interesse an unserer Veranstaltung. Ich nenne stellvertretend Frau Maria Seifert, die Vorsitzende des Landesjugendhilfeausschusses Westfalen-Lippe, die nach mir ebenfalls einige einführende Worte sprechen wird. Herzlichen Dank!

Ich bedanke mich auch jetzt schon bei den Referentinnen und Referenten des heutigen Tages für Ihre Bereitschaft, zum Gelingen unserer Veranstaltung beizutragen. Wir sind sehr erfreut, dass Herr Minister Laschet seine Teilnahme zugesagt hat und uns seine landespolitischen Perspektiven für die Jugendhilfe aus erster Hand darstellen will. Mit seiner Teilnahme an dieser Fachtagung drückt er auch seine Wertschätzung für die Arbeit der freien Träger aus.

Bedanken möchte ich mich für die Vorbereitung und Durchführung dieser Veranstaltung beim Arbeitsausschuss Familie, Jugend und Frauen unter dem Vorsitz von Frau Loheide, beim ISA für die Mitwirkung und Mitgestaltung und beim Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration für die Förderung der Veranstaltung.

Die heutige Veranstaltung hat einen Vorläufer. Sie findet nämlich fast auf den Tag genau fünf Jahre nach der ersten gemeinsamen Jugendhilfeveranstaltung der Landesarbeitsgemeinschaft statt. Diese erste Veranstaltung am 14. November 2000 in Duisburg stand unter der Überschrift "Zukunft für Kinder, Jugendliche und Familien in NRW gemeinsam gestalten". Diese beiden letzten Worte "gemeinsam gestalten" waren uns damals besonders wichtig. Ich erinnere noch einmal kurz an die drei zentralen Aussagen der damaligen Veranstaltung, weil wir dort heute gut anknüpfen können:

1. Die Freie Wohlfahrtspflege mit ihren Verbänden, Einrichtungen und Diensten ein praxiserfahrener und kompetenter Gestaltungspartner für die öffentliche Jugendhilfe und die Jugendpolitik im Land Nordrhein-Westfalen.
2. Die Freie Wohlfahrtspflege will ihre Vorstellungen und Visionen im Dialog mit den anderen Partnern der Jugendhilfe Realität werden lassen.

3. Wenn es eine solche Gestaltungspartnerschaft und einen solchen Dialog auch zukünftig geben soll, ist Nordrhein-Westfalen darauf angewiesen, die soziale Infrastruktur des Landes zu sichern. Dazu wird die Freie Wohlfahrtspflege ihren Beitrag leisten.

Das waren, etwas plakativ zusammengefasst, die zentralen Aussagen der Veranstaltung im Jahr 2000.

Heute sprechen wir im Veranstaltungstitel von Perspektiven und Herausforderungen. Ich glaube, dass diese beiden Stichworte "Perspektiven" und "Herausforderungen" die Stimmung in der Jugendhilfe sehr gut treffen. Die großen Themen der politischen Agenda - demografischer Wandel, die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme, die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, die Reformen im Bildungssystem - alle diese Fragestellungen haben daran mitgewirkt, dass die Kinder- und Jugendhilfe deutlicher in das Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt ist. Dies lässt sich z. B. auch am Berliner Koalitionsvertrag oder den entsprechenden Positionierungen und Ankündigungen der nordrhein-westfälischen Landesregierung festmachen.

In der Jugendhilfe schlagen sich diese Zukunftsfragen unserer Gesellschaft in ganz konkreten Herausforderungen nieder. Ich nenne als Beispiel

- den vielfach geforderten bedarfsgerechten Ausbau der Betreuung für Kinder unter drei Jahre,
- die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in unserer Gesellschaft,
- die Förderung und Befähigung von Kindern und Jugendlichen aus benachteiligten Familien,
- die Beiträge der Jugendhilfe zur Integration in den Arbeitsmarkt oder auch
- die Beiträge der Kinder- und Jugendhilfe zur Weiterentwicklung und Verbesserung der Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen.

Wenn wir jetzt noch einmal an die Idee der Gestaltungspartnerschaft aus der ersten Fachtagung denken, wird deutlich, dass die heutige Tagung genau zum richtigen Zeitpunkt kommt.

Im politischen Raum sind - genau auf die von mir genannten Herausforderungen bezogen - erste Antworten genannt: Das Tagesbetreuungsausbaugesetz, die Veränderungen im KJHG durch das Kinder- und Jugendhilfeweiterentwicklungsgesetz (KICK) oder die Ankündigung der nordrhein-westfälischen Landesregierung zur Weiterentwicklung der Tageseinrichtungen für Kinder zu Familienzentren.

Aber, die Fachdebatte macht auch deutlich: Konkrete Lösungen, Antworten in der Praxis der Kinder- und Jugendhilfe werden wir nur in einem gemeinsamen Dialog entwickeln und voranbringen können. Das meint das alte Stichwort der Gestaltungspartnerschaft mit Blick auf neue Herausforderungen und Fragen.

In diesem Sinne wünsche ich uns auf dieser Veranstaltung einen intensiven Dialog, interessante Beiträge und - wenn möglich - neue Erkenntnisse auf dem gemeinsamen Weg von den Herausforderungen zu den Perspektiven der Kinder- und Jugendhilfe in Nordrhein-Westfalen.

Maria Seifert **Vorsitzende des Landesjugendhilfe-** **ausschuss Westfalen-Lippe**



Sehr geehrter Herr Minister Laschet,
sehr geehrter Herr Kessmann,

sehr geehrte Damen und Herren, die Sie entscheiden über die Jugendpolitik in Ihren Städten und Kreisen, als Vorsitzende der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe, vor allem in meiner Funktion als Vorsitzende des Landesjugendhilfeausschusses begrüße ich Sie herzlich zu dieser Fachtagung für Mitglieder der Jugendhilfeausschüsse der Städte und Kreise und für jugendpolitisch Interessierte. Und ich hoffe sehr, dass gerade Letztgenannte immer mehr werden, denn Jugendpolitik braucht viele Engagierte. Jugendpolitik ist Zukunftspolitik.

"Auf einem Bein kann man nicht stehen..." - Während man sich über den Wahrheitsgehalt eines Trinkspruches in geselliger Runde sicherlich streiten kann, gilt er allerdings uneingeschränkt für die kommunale Jugendhilfe:

Die beiden Standbeine des Jugendamtes sind die Verwaltung und der Jugendhilfeausschuss. Nur zusammen können sich diese beiden den vielfältigen und neuen Herausforderungen der Jugendhilfe stellen und dann gemeinsame Perspektiven und Konzepte entwickeln.

Der Auftrag und das Recht, Anregungen und Vorschläge für die weitere Entwicklung der Jugendhilfe machen, ermöglichen dem Jugendhilfeausschuss umfassende Möglichkeiten der Gestaltung und Mitwirkung an einer Vielzahl der für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft maßgebenden Prozesse.

Neben der Förderung der freien Jugendhilfe und der Jugendhilfeplanung hat der Jugendhilfeausschuss vor allem den Auftrag (ich zitiere aus dem Kinder- und Jugendhilfegesetz - dem KJHG):

"... alle aktuellen Problemlagen junger Menschen und ihrer Familien zu erörtern sowie die Vorgabe und das Recht, Anregungen und Vorschläge für die Weiterentwicklung der Jugendhilfe zu machen."

Diese Formulierung mag auf viele sehr unbestimmt und floskelhaft wirken.

Tatsächlich steckt in ihr jedoch - so jedenfalls meine Auffassung - der umfassende Auftrag des Jugendhilfeausschusses selbstbewusst und aktiv, innovativ und kreativ die die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft bestimmenden Prozesse zu entwickeln und zu gestalten.

Ich möchte an dieser Stelle exemplarisch drei aus meiner Sicht wesentliche Herausforderungen für die Jugendhilfe ansprechen.

Einige weitere Themen, die Ihnen aus der örtlichen Praxis bekannt sind, werden Ihnen heute im Laufe des Tages erneut begegnen.

1. Die erste herausfordernde Aufgabe der Jugendhilfe ergibt sich aus der demographischen Entwicklung in unserem Land.

Wir sind nicht nur konfrontiert mit weiterhin zurückgehenden Geburtenzahlen. Vielmehr geht es darum, wie wir auf die sich daraus ergebenden durchschlagenden Veränderungen in unserer Gesellschaft reagieren werden.

Die demographische Entwicklung stellt uns vor große Herausforderungen: Bildungsnahe Schichten bekommen immer weniger Kinder. Kinder aus bildungsfernen Familien brauchen unsere besondere Unterstützung durch zielgerichtete Förderung.

Die jüngste PISA-Studie zeigt, dass in Deutschland - so sehr wie in kaum einem anderen Land - der Lern- und Bildungserfolg abhängig sind davon, aus welchem Elternhaus die Schülerinnen und Schüler kommen.

Wir müssen uns fragen: Was bedeutet das für unsere Bildungslandschaft? Wo und wie müssen wir unsere Bildungssysteme reformieren? Kindergärten und Schulen müssen - das steht außer Frage - neue Wege beschreiten, damit unsere Kinder entsprechend ihren individuellen Fähigkeiten gefordert und gefördert werden.

Die vom Land nunmehr geplanten Familienzentren sind sicherlich ein Weg, gerade die Kinder und Jugendlichen zu erreichen, die die Förderung am notwendigsten brauchen. Allerdings werden dafür auch notwendige Ressourcen bereitgestellt werden müssen, damit dieser sinnvolle Weg erfolgreich eingeschlagen und weiter beschritten werden kann.

In diesem Kontext kommt auch der Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule - und damit der Förderung der Schwachen - eine besondere Bedeutung zu.

Die PISA-Studien und ihre Auswirkungen auf die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und werden uns in den kommenden Jahren weiterhin intensivst beschäftigen.

Auch wenn jetzt in Nordrhein-Westfalen das Schul- und Jugendministerium voneinander getrennt sind, ist es aus meiner Sicht zwingend notwendig, die begonnenen Kooperationen fortzusetzen. Ich setze hier sehr auf die angekündigte Kooperationsvereinbarung zwischen dem Schulministerium und Ihrem Ministerium, Herr Laschet.

Es wird außerdem weiterhin notwendig sein, immer wieder deutlich zu machen, dass zurückgehende Kinderzahlen nicht automatisch auch weniger finanzielle Ressourcen - gleich weniger Geld - für die Jugendhilfe bedeuten.

Vielmehr geht es darum, die eingesparten Mittel in andere Problemfelder der Jugendhilfe umzuschichten, zum Beispiel in die Hilfen zur Erziehung und die Betreuung und Förderung der unter Dreijährigen, wo bislang kaum Angebote bestehen.

Wir müssen uns für die Verbesserung der Bildungschancen aller Kinder und Jugendlichen stark machen! Und dazu bedarf es zusätzlicher Ressourcen.

2. Eine zweite große Herausforderung für die Jugendhilfe wird der Auf- und Ausbau der Betreuung der unter dreijährigen Kinder sein.

Das neue Tagesbetreuungsausbaugesetz gibt den Weg vor.

Wir haben Fragen zu beantworten und finanziell wie pädagogisch tragfähige Konzepte zu entwickeln:

Wie kann man die Betreuung der unter Dreijährigen dem Bedarf anpassen? Wie können wir den Spagat zwischen zielgerichteter Betreuung und Förderung unserer Jüngsten und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf meistern?

Um deutlich zu machen, wo wir heute stehen: Wir haben zurzeit gerade einmal einen Deckungsgrad von etwa 2,4 % der Betreuung der unter Dreijährigen in Westfalen-Lippe. Das reicht bei weitem nicht aus.

Allerdings werden die Bedarfe in den Städten und Kreisen sehr differenziert zu betrachten sein.

Die Bedarfe müssen konkret ermittelt werden und darauf basierend muss die Betreuung dann individuell gestaltet ausgebaut werden.

Wobei sicher auch zu klären sein wird, wie wir den Bedarf im Einzelnen definieren: Brauchen nur die unter dreijährigen Kinder berufstätiger Eltern eine Betreuung und Förderung? Ist diese Betreuung nicht gerade auch für die Kinder eine Chance, ja eine Notwendigkeit, deren Eltern bei der Erziehung und Förderung an ihre Grenzen stoßen?

3. Die dritte Herausforderung, die ich benennen möchte, ist in der Kinder- und Jugendförderung zu sehen.

Alle Beteiligten waren sich parteiübergreifend bei der Verabschiedung des Kinder- und Jugendfördergesetzes einig: Kinder und Jugendliche brauchen Förderangebote auch außerhalb von Schule.

Um solche Förderangebote entwickeln und sicherstellen zu können, brauchen wir eine sichere Finanzierung. Ich hoffe daher dringendst, dass der Kinder- und Jugendförderplan des Landes in voller Höhe verabschiedet wird. Und zwar bald, denn erst dann können Sie in Ihren Städten und Kreisen die kommunalen Kinder- und Jugendförderpläne erstellen, mit denen Sie sich für die gesamte Legislaturperiode binden.

Das Landesjugendamt Westfalen-Lippe unterstützt - das sei an dieser Stelle einmal angemerkt - 60 Jugendämter in einem groß angelegten Beratungsprojekt bei der Entwicklung ihrer kommunalen Kinder- und Jugendförderpläne.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

soweit nur drei von vielen - zugegeben nur grob skizzierten -Herausforderungen, mit denen Sie sich, mit denen wir uns in unseren Ausschüssen und Arbeitsgremien im Rahmen einer umfassenden Jugendhilfeplanung befassen müssen und bereits auseinandersetzen.

Alle, die wir uns in der Jugendhilfe engagieren, tragen ein hohes Maß an Verantwortung. Es gibt kaum ein anderes Politikfeld, in dem derart gesellschaftspolitisch brisante Themen aufgegriffen werden müssen. Ich will dies aber auch bewusst positiv formulieren: Diese Themenfelder geben uns die Chance, zukunftsgerichtet Jugendhilfe zu gestalten und damit Verantwortung für die nachwachsenden Generationen zu übernehmen.

Nutzen Sie gerade in diesen Zeiten der engen finanziellen und personellen Ressourcen, Ihre Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten als Kommunalpolitikerinnen und -politiker.

Bringen Sie bei sich vor Ort die Potenziale der Jugendhilfe zur Entfaltung. Die heutige Veranstaltung wird - da bin ich mir sicher - vielfältige Möglichkeiten eröffnen und zielführende Wege aufzeigen.

"Herzlichen Dank" sage ich dem Veranstalter dieser Fachtagung, der Landesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege. Ein herzliches Danke auch allen, die an der Vorbereitung und Durchführung des heutigen Tages beteiligt sind.

Ich wünsche uns allen eine interessante und anregende Tagung mit intensiver fachpolitischer Diskussion und übergebe nun das Wort an Herrn Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration unseres Landes Nordrhein-Westfalen.

Vielen Dank.

Armin Laschet
**Minister für Generationen, Familie,
Frauen und Integration des
Landes Nordrhein-Westfalen**

Thema:
**Der Platz der Jugend im Generationenhaus -
Landespolitische Perspektiven**



Sehr geehrter Herr Kessmann,
sehr geehrte Frau Seifert,
meine Damen und Herren,

auch ich begrüße Sie heute Morgen ganz herzlich hier in Gelsenkirchen zur Fachtagung der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege. Ich freue mich, dass Sie sich heute die Zeit nehmen, um über die Perspektiven in der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik zu diskutieren.

Welche Anforderungen kommen auf die Familien und auf unsere Gesellschaft zu? Diese Frage ist nicht einfach zu beantworten. Denn es verändert sich vieles. Manches können wir beeinflussen, anderes nicht.

Politische Zielsetzung

Aktuelle Stichworte - vor allem hinsichtlich der Anforderungen an ein gelingendes Aufwachsen der jungen Generation - sind:

- Der demographische Wandel mit seinen Wirkungen in viele gesellschaftliche Bereiche hinein,
- das Verhältnis der Generationen zueinander, das wir neu gestalten müssen,
- die Integration der jungen Zuwanderer
- und schließlich das Ziel einer gewaltfreien und gerechten Gesellschaft.

Nordrhein-Westfalen hat in den letzten Jahrzehnten einen großen wirtschaftlichen Strukturwandel erfahren und ist dabei, diesen zu meistern.

Aber mit diesem Wandel haben sich auch die sozialen Verhältnisse verändert. Vor allem für junge Menschen bedeutet dies, dass sie sich umstellen müssen: in ihren Erwartungen und in ihren Wünschen.

Gewachsene Strukturen gehen verloren, Orientierungs- und Verhaltensmuster sind nicht mehr stabil, die Erwartungen an das Individuum, selbst initiativ zu werden, und sich nicht mehr auf vorgegebene Muster zu verlassen, sind gestiegen.

Dieser Wandel ist Anlass genug, um auch in der Politik darüber nachzudenken, welche Rahmenbedingungen wir brauchen, um Zukunft möglich zu machen.

Als eine Konsequenz hat der Ministerpräsident einen in Deutschland einmaligen Ressortzuschnitt gewagt. Mit dem Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration verbindet sich die Erwartung, dass von hier aus Impulse ausgehen sollen für die Neugestaltung der Gesellschaft.

Deshalb heißt auch die zentrale Leitlinie meiner Politik:
"Den Zusammenhalt unserer Gesellschaft ermöglichen".

Das ist eine Aufgabe, die sich nur im Sinne einer Querschnittspolitik erreichen lässt. Wir müssen uns einmischen in die anderen Politikfelder.

Das werden nicht alle wollen und es wird auch Hindernisse geben, aber das müssen wir tun, wollen wir erfolgreich sein.

Erfolgreich sein heißt: Es muss uns gelingen, Impulse zu setzen für eine umfassende gesellschaftliche Politik, die die Belange der Menschen berücksichtigt und Teilhabe ermöglicht.

Dabei geht es mir vor allem darum:

- Nordrhein-Westfalen zum kinder- und familienfreundlichsten Land zu machen und dabei Kinder und Familien zu stärken und sie zu fördern.
- Die Veränderungen des demographischen Wandels produktiv zu nutzen. Dazu gehört auch, das Verhältnis der Generationen zueinander positiv zu gestalten.
- Das Gelingen der Integration zu ermöglichen
- und Benachteiligung, Gewalt und Diskriminierung entgegen zu wirken.

Mit diesen vier Zielen habe ich mein Amt angetreten. Um sie zu erreichen, brauche ich viele Verbündete: Menschen wie Sie, die Sie gerade mit jungen Menschen und mit Familien zusammenkommen und ihnen Förderung und Unterstützung bieten.

Rahmenbedingungen für Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche wachsen heute unter stark veränderten Rahmenbedingungen auf. Erwachsenwerden ist nicht leichter geworden. Es ist zunehmend geprägt von Unsicherheiten, Ängsten und Orientierungsproblemen. Darauf verweisen nicht zuletzt alle aktuellen Jugendstudien.

Jugendliche erfahren aber auch neue Chancen und stellen sich auf neue Herausforderungen ein. Das müssen sie auch, wollen sie eine für sich zufrieden stellende Zukunft haben.

Auf diesem Weg haben sie ein Recht auf Rahmenbedingungen, die ihnen gute Entwicklungsmöglichkeiten garantieren.

Das gilt selbstverständlich für alle Kinder und Jugendlichen in gleichem Maße. Für Kinder mit Zuwanderungsgeschichte und für sozial benachteiligte junge Menschen gilt dies aber in besonderer Weise.

Es ist unsere Aufgabe, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die junge Generation die anstehenden Herausforderungen meistern kann. Dazu gehört:

- Die Ausweitung der politischen Partizipationsmöglichkeiten. Wir müssen Kinder und Jugendliche stärker als bisher an allen sie betreffenden Angelegenheiten beteiligen. Das gilt für die Stadtgestaltung ebenso wie für den Schulalltag.
- Wir brauchen gezielte Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Vor allem müssen wir ein Umfeld schaffen, das junge Menschen motiviert, die mit der Verbindung von Familie und Beruf anstehenden Risiken auf sich zu nehmen.
- Wir müssen unser Bildungssystem zukunftstauglich machen. Sprache ist dabei der Schlüssel zu allem. Hinzu kommen neben Grundkenntnissen auch,
 - Sozial- und Methodenkompetenz zu vermitteln,
 - Formen logischen Handelns
 - und die Fähigkeit, Zusammenhänge zu erkennen.

Vor allem aber können wir es uns nicht länger leisten, dass Kinder und Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte und sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche nur mangelnde Zugänge zur Bildung haben. Denn dies hat erhebliche Folgen für ihre soziale Integration und ihre gesellschaftlichen Teilhabechancen.

In diesem Kontext werden die Angebote der Kinder und Jugendarbeit immer wichtiger. Denn sie setzen im direkten Lebensfeld junger Menschen an. Sie bieten Jugendlichen eigene Entwicklungsräume und praktische Lernfelder der sozialen, kulturellen und politischen Bildung.

Dazu gehören auch Angebote, die Jugendliche in riskanten oder schwierigen Lebensphasen unterstützen und begleiten.

Teilhabe weiterentwickeln

Zurzeit leben in Nordrhein-Westfalen rund 3,5 Millionen Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre. Für sie müssen wir die verfassungsmäßigen Rechte der Kinder auf Teilhabe und gewaltfreie Erziehung realisieren. Eine große Aufgabe.

Am 20. November jährt sich zum 16. Mal die Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention. Das ist Anlass genug, daran zu erinnern, dass Kinderrechte Menschenrechte sind. In Nordrhein-Westfalen haben Kinderrechte durch einen einstimmigen Beschluss des Landtags aus dem Jahr 2002 Verfassungsrang.

Es ist eine wichtige Aufgabe von Politik und Gesellschaft, dazu beizutragen, dass die Rechte von Kindern sich im Alltag tatsächlich durchsetzen können. Damit Kinder ihre Rechte wahrnehmen können, brauchen sie unsere Unterstützung.

Dazu gehört, dass wir sie über ihre Rechte informieren. Die Landesregierung kann hierzu Impulse geben und Projekte anstoßen.

Die eigentliche Arbeit aber wird dort geleistet, wo Kinder und Jugendliche ihre Zeit verbringen: in der Schule, in Jugendverbänden, in Sportverbänden, in Kindergärten, in Jugendeinrichtungen und im Stadtteil. Anders ausgedrückt: bei Ihnen vor Ort.

Kinder und Jugendliche bei der Wahrnehmung ihrer Rechte zu unterstützen, bedeutet auch, uns in der Öffentlichkeit für ihre Rechte stark machen. Sie brauchen Respekt von Erwachsenen, sie wollen zu Recht von uns ernst genommen werden.

Kinder brauchen aber auch unseren besonderen Schutz. Schutz vor Armut, Gewalt und Ausgrenzung.

Kinder und Jugendliche haben das Recht auf Beteiligung an den sie betreffenden Angelegenheiten.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen bereits ein weites Spektrum von Beteiligungsformen. Dennoch halte ich es für notwendig, die vorhandenen Beteiligungsansätze qualitativ und quantitativ weiterzuentwickeln.

Vor allem brauchen wir noch mehr unmittelbar wirkende Beteiligungsangebote für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche, und für Kinder und Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte. Sie erreichen wir bislang mit den bestehenden Formen noch zu wenig.

Die Berichte aus der Praxis zeigen, dass Kinder und Jugendliche, die positive Erfahrungen mit Beteiligungsansätzen gemacht haben, in ihrem demokratischen Bewusstsein und in ihrer Bereitschaft, sich gesellschaftlich zu engagieren, gestärkt werden. Das wollen wir fördern.

Deshalb werden wir mit den erfahrenen und kompetenten Praktikern aus der Jugendhilfe, aus den Kommunen, aus Initiativen und mit Kindern und Jugendlichen selbst Qualitätskriterien für gelungene Partizipation entwickeln.

Wir brauchen den Austausch über gute Praxis. So kann gute Partizipationspraxis auch dort erfolgreich entwickelt werden, wo sie bislang eher noch ein Schattendasein führt.

Chancen durch Bildung

Die große Mehrheit der jungen Menschen will später eigene Kinder haben. Sie möchten eine Verbindung von Familie und Beruf - wohl wissend, welche Schwierigkeiten und Konflikte damit verbunden sind. Sie erwarten zu Recht Rahmenbedingungen, die ihnen beides ermöglichen.

Dazu gehören an erster Stelle gute und ausreichende Kinderbetreuungsangebote. Ich halte sie aber auch aus einem anderen Grund für geboten. Immer mehr Kinder wachsen als Einzelkinder auf. Familie bleibt zwar wichtig, doch Verwandtschaftsbeziehungen nehmen allein zahlenmäßig ab.

Angesichts dieser Entwicklung werden Kindergarten, Schule und Jugendarbeit als Bildungs- und sozialer Erfahrungsraum immer wichtiger.

Es ist unsere Aufgabe dafür Sorge zu tragen, dass jedes Kind und jeder Jugendliche in Nordrhein-Westfalen unabhängig von seiner Herkunft seine Chancen, Neigungen und Talente nutzen und entfalten kann und so früh wie möglich gefordert und gefördert wird.

Dabei verstehe ich Bildung als einen umfassenden Prozess, zu dem auch die soziale, kulturelle und demokratische Bildung gehört. Hier greife ich gern auf Prof. Rauschenbach (Leiter des Deutschen Jugendinstituts) zurück, wenn dieser feststellt, dass es oft nicht gelingt, die Komplexität unterschiedlicher Lern- und Lebenswelten als eine Einheit zu betrachten und die jeweilige Wechselwirkung zu sehen.

Gerade im Zusammenspiel von Schule und Jugendhilfe ist es daher wichtig, Bildung im Lebenslauf zu betrachten und - ich zitiere Rauschenbach - "Bildungsverläufe als Produkt eines aufeinander folgenden zeitgleichen Zusammenspiels von unterschiedlichen Bildungsorten und Modalitäten" zu verstehen.

Auch ich bin davon überzeugt: Wir werden es nur schaffen, die Kompetenzen und Leistungen der Familie,

der Kinderbetreuung und der durch Jugendarbeit organisierten außerschulischen Bildung produktiv zu nutzen, und in die Bildungsprozesse einzubringen, wenn ein ganzheitliches Konzept von Bildung dahinter steht.

Das gilt auch für die Schule. Sie muss sich dieses Bildungsverständnis zu Eigen machen. So wie sich damit der Horizont für gemeinsames Handeln von Jugendhilfe und Schule erweitert und die Chancen individueller Bildungsförderung erhöhen, so kann und muss dieses Prinzip des Verbindenden auch für andere Politikfelder gelten.

Mein Ressort wird hier wichtige Impulse geben können. Lassen Sie mich die Notwendigkeit, verschiedene Ansätze miteinander zu verknüpfen, am Beispiel der Weiterentwicklung der Tageseinrichtungen zu Familienzentren deutlich machen:

Mit der Weiterentwicklung der Tageseinrichtungen Familienzentren besteht die Möglichkeit,

- die Kinderbetreuung auszubauen und zu qualifizieren,
- die Sprachförderung für Kinder mit Zuwanderungsgeschichte aber auch für deutsche benachteiligte Kinder zu fördern,
- eine Einheit von Bildung und Erziehung und Förderung herzustellen,
- die Kontakte im Sozialraum zu stabilisieren und auszubauen,
- die Übergänge vom Kindergarten in die Grundschule zu mildern und damit die Chancen der schulischen Integration zu erhöhen,
- frühzeitiger soziale Desintegrationsprozesse erkennen zu können
- und Familien, Eltern, Mütter darauf anzusprechen, wie die Unterstützung für sie aussehen kann und sollte - also: ihnen den Zugang zu solchen Leistungen deutlich zu erleichtern, als dies bisher der Fall ist.

Wo kann das sinnvoller geschehen als in einer Einrichtung, denen Eltern ein hohes Vertrauen und Zutrauen entgegenbringen, in der Tageseinrichtung. Dort, wo sich ihre Kinder den ganzen Tag aufhalten.

Unser Ziel ist: Im nächsten Kindergartenjahr wird es in jedem Jugendamtsbezirk in Nordrhein-Westfalen ein Familienzentrum als Piloteinrichtung geben. Langfristig streben wir die flächendeckende Verbreitung von Familienzentren an.

Damit bauen wir dann zusammen mit Tagespflege und der Offenen Ganztagschule im Primarbereich ein bedarfsgerechtes, ganzheitliches Betreuungs- und Bildungssystem auf, das hohen pädagogischen Ansprüchen genügt.

Kinder und Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte

Gleichzeitig werden wir uns aber auch um bestimmte Zielgruppen bemühen müssen. Dies gilt insbesondere für Kinder- und Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte.

Sie werden von den Angeboten der Jugendhilfe, der Bildung und Erziehung noch zu wenig erreicht. Hier sehe ich erheblichen Handlungsbedarf. Er konzentriert sich im Bildungsbereich vor allem auf den frühzeitigen Erwerb der deutschen Sprache.

Unser Ziel ist, dass jedes Kind, das eingeschult wird, die deutsche Sprache spricht.

Kinder mit besonderen Sprachförderbedarfen werden wir gezielt unterstützen. Für diese Kinder müssen vorhandene Angebote in den Kindergärten ergänzt werden.

Seit Beginn des neuen Kindergartenjahres Anfang September bieten die Kindergärten in Nordrhein-Westfalen für rund 20.000 Kinder eine gezielte Sprachförderung an. Wir haben die Absicht, die Haushaltsmittel dafür im nächsten Jahr zu verdoppeln.

In der Kinder- und Jugendarbeit müssen wir dafür Sorge tragen, die erfolgreichen Ansätze der Kommunen und freien Träger zur Förderung der kulturellen Integration weiter zu entwickeln und zu stärken. Ich weiß, dass es vor Ort bereits zahlreiche gelungene und engagierte Projekte gibt.

Es wird jetzt darauf ankommen, die Interkulturelle Arbeit als Querschnittsaufgabe mit all ihren Facetten zu einem festen Bestandteil der Kinder- und Jugendarbeit zu machen.

Das heißt nicht zuletzt, dass die Zugangsmöglichkeiten zu den Angeboten für Kinder und Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte weiter ausgebaut werden müssen.

Dies ist ja auch ein aktuelles Thema der kommunalen Jugendhilfeplanung. Auch Sie denken in den Jugendhilfeausschüssen ja zurzeit darüber nach, wie Kinder- und Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte besser erreicht werden können.

Mein Ziel ist, dass wir in der ganzen Bundesrepublik in eine Debatte um eine gemeinsame Leitkultur eintreten. 'Gemeinsam' heißt, dass wir uns mit den Zugewanderten auf Grundwerte verständigen, die diese Gesellschaft zukünftig tragen.

Das wird uns dann gelingen, wenn wir alle mitnehmen und wenn wir schon die Kinder und Jugendlichen in diese Diskussion einbeziehen.

Perspektiven in Ausbildung und Beruf

Wenn es um eine Kinder- und Jugendpolitik mit Zukunft geht, müssen wir einen Aspekt in besonderer Weise beachten: Jugendliche brauchen eine berufliche Perspektive.

Nun ist es nicht die Aufgabe der Kinder- und Jugendpolitik, Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu schaffen. Das kann sie auch gar nicht.

Wenn wir jungen Menschen eine gesicherte Zukunft ermöglichen wollen, dürfen wir aber nicht den Blick davor verschließen, dass in zunehmendem Maße Jugendliche, insbesondere Schülerinnen und Schüler der Hauptschulen, ohne einen Schulabschluss die Schule verlassen.

Hier haben Sie als Träger enorme Anstrengungen unternommen, präventiv tätig zu werden. Ich erinnere hierbei nur an die Schulmüdenprojekte.

Die Landesregierung wird im Rahmen neuer Konzepte für die Ganztags Hauptschulen die Träger der Jugendhilfe auch künftig brauchen.

Dies gilt auch für die offenen Ganztagsgrundschulen. Wir brauchen eine Schule, die auf zwei Säulen steht:

- Lernen durch Unterricht und Lehre - hier haben wir einiges nachzuholen und nachzusteuern.
- Und wir brauchen die Kompetenz des Sozialen. Ohne sie können wir die Lebensperspektiven der jungen Menschen und ihre persönlichen Fähigkeiten nicht verbessern.

Finanzierung

Wir werden die Kinder- und Jugendarbeit insgesamt weiterentwickeln müssen. Denn auch wenn die Zahl der Kinder- und Jugendlichen perspektivisch abnimmt - zurzeit tut sie dies ja nur in der jüngsten Altersgruppe - dann heißt das nicht zugleich, dass wir künftig Leistungen einsparen können.

Ich weiß, dass zahlreiche Kämmerer vor Ort schon dabei sind, mögliche 'Demographiegewinne' zu errechnen.

Ich glaube, diese Rechnung geht nicht auf. Im Gegenteil: Angesichts der gesellschaftlichen Veränderungen werden die Herausforderungen an die Kinder- und Jugendarbeit größer. Insofern ist von einer Entlastung aufgrund der demographischen Entwicklung nicht zwingend auszugehen.

Vielmehr wird die zunehmende Zahl von Einzelkindern, der Verlust von Nachbarschaften und die Auflösung sozialer Bezüge und Netze im Stadtteil dazu führen, dass die Einrichtungen näher bei den jungen Menschen sein müssen und sie eine verlässliche Angebotsstruktur vorfinden.

Dazu gehören selbstverständlich auch gesicherte Finanzen. Ich weiß, Sie werden mich heute nicht gehen lassen, ohne dass ich etwas zum Kinder- und Jugendförderplan des Landes sage.

Zunächst aber möchte ich um Ihr Verständnis bitten, dass ich Ihnen heute noch keine konkreten Aussagen über Fördersummen machen kann.

Ich weiß, dass Sie dringend auf die entsprechenden Landesdaten warten. Zum einen, weil Sie natürlich für die kommunalen Kinder- und Jugendförderpläne wissen müssen, wie der Kinder- und Jugendförderplan des Landes gestaltet ist. Und zum anderen, weil Sie ja zurzeit eigene Haushaltsberatungen haben.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass die Haushaltssituation des Landes ausgesprochen problematisch ist. Das hat nicht zuletzt der Bericht der vom Ministerpräsidenten einberufenen Expertenkommission sehr deutlich gezeigt.

Das Land ist an den Grenzen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit angekommen. Wenn wir hier nicht gegensteuern, laufen wir Gefahr, den Kindern und Jugendlichen jede Zukunftschance zu blockieren.

Wichtigstes Ziel der neuen Landesregierung ist es daher, so schnell wie möglich zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen.

Unabhängig von dieser schwierigen Ausgangssituation kann ich Ihnen aber versichern, dass wir die Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen auf Basis des Jugendförderungsgesetzes weiter entwickeln werden.

Unser Ziel ist: Die Stärkung der Angebote der verbandlichen, offenen und kulturellen Jugendarbeit. Dabei werden wir aber sorgsam darauf achten, dass die Mittel auch tatsächlich bei den Kindern und Jugendlichen ankommen.

Dazu werden wir den Kinder- und Jugendförderplan weiter entbürokratisieren und den Wirksamkeitsdialog in der Kinder- und Jugendarbeit weiterentwickeln. Dazu wird auch die Einführung von Zielvereinbarungen gehören.

Der Kinder- und Jugendförderplan wird diese Aspekte aufgreifen und entsprechende Umsetzungsvorschläge beinhalten.

Wir werden in den kommenden Wochen mit allen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe einen entsprechenden Entwurf des Kinder- und Jugendförderplans beraten.

Schlussbemerkung

Soweit ein erster Überblick über die jugendpolitischen Ziele und Schwerpunkte der neuen Landesregierung. Ich wünsche mir, dass wir die jugendpolitischen Herausforderungen der kommenden Zeit gemeinsam meistern.

Ich bin mir dabei bewusst: Das Land kann Impulse geben und finanziell stabile Rahmenbedingungen setzen. Die eigentliche Arbeit, und die notwendige - manchmal auch kritische Begleitung - aber kommt von Ihnen.

In diesem Sinne freue ich mich auf unsere weitere Zusammenarbeit. Herzlichen Dank.



Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW und Heinz-Josef Kessmann, LAG Freie Wohlfahrtspflege mit dem Originalplakat des Künstlers Joern Schlund.